

Schalom

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

Sonderausgabe Jänner 2017

SONDERAUSGABE

60-jähriges
Bestehen
diplomatischer
Beziehungen
zwischen
Österreich und Israel

Vortrag von Anton Pelinka

Deutsch-israelische
Eindeutigkeit
gegenüber
österreichisch-israelischer
Vieldeutigkeit





Deutsch-israelische gegenüber österreichisch-israelische

Vortrag von Prof. Anton Pelinka anlässlich des Festaktes „60 Jahre österreichisch-israelische Diplomatie“ der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft am 10. November 2016 im Festsaal der österreichischen Nationalbank

ISRAEL – DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland und deren Alleinvertretungsanspruch beinhaltete auch die Rechtsnachfolge des „Großdeutschen Reiches“. Dadurch war die Beziehung zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel und der 1949 entstandenen Bundesrepublik von einer besonderen Wichtigkeit. Dies erklärt die Verspätung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen (West-)Deutschland und Israel. Der westdeutsche Staat hatte mit seinem Anspruch, der Rechtsnachfolger – und zwar der einzige – des NS-Staates zu sein, auch die Verantwortung für die Folgen des Holocaust übernommen.

Die Bundesrepublik musste sich dieser Konsequenz stellen. Das schloss zwar keineswegs mit

ein, dass Deutschland einen konsequenten Trennungsstrich gegenüber dem Weiterleben der NS-Strukturen in der deutschen Justiz und Bürokratie zog, auch nicht in der Politik: Immerhin waren zwei der Bundespräsidenten der Bundesrepublik – Walter Scheel und Karl Carstens – Mitglieder der NSDAP gewesen. Die bezüglich des Nationalsozialismus lupenreine Vergangenheit der Kanzler Konrad Adenauer und Willy Brandt steht der NSDAP-Mitgliedschaft eines anderen Bundeskanzlers gegenüber – der Kurt Kiesingers; und die durchaus kriminell zu nennenden Verflechtung des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, in die Mordjustiz des NS-Regimes machen deutlich, dass der westdeutsche Staat nicht in der Lage oder auch nur willens war, die Staatsgründung im Jahre 1949 konsequent als Stunde null zu definieren: zu sehr glaubte auch Adenauer, auf die Mitarbeit des alten Apparates angewiesen zu sein, der loyal und oft auch übereifrig dem Deutschen Reich gedient hatte, das am 8. Mai 1945 untergegangen war.

Doch in einem Punkt hatte der Alleinvertretungsanspruch eine klare Konsequenz: Die Regierung Adenauer sah in einer demonstrativ kooperativen, ja freundlichen Einstellung gegenüber Israel die Möglichkeit, auf der internationalen Bühne den Schatten der Vergangenheit etwas entgegen zu stellen, das dem Bild des hässlichen, des mörderischen Deutschen widersprach: Das Bild von dem sich zu seiner Verantwortung für die Vertreibung und Beraubung und Ausmordung des Judentums stehenden neuen Deutschland.

Das führte zu den Begegnungen zwischen Ben Gurion und Adenauer, zu den deutschen Zusagen



Eindeutigkeit lischer Vieldeutigkeit

in Richtung „Wiedergutmachung“ und zur allmählichen Relativierung der prinzipiellen Ablehnung alles dessen, was als „deutsch“ galt – von der Sprache bis zur Musik Wagners. Und das ist bis heute spürbar: Im Konzert europäischer Akteure ist wohl kein anderer Staat eher als Freund Israels zu bezeichnen als die Bundesrepublik Deutschland.

Deutschland ist Israels verlässlichster Freund innerhalb der Europäischen Union – auch, weil ein Grundsatz von Adenauers Politik fortlebt: Der Alleinvertretungsanspruch bedeutete auch die generelle Verantwortung für den Holocaust – auch wenn es Jahrzehnten dauerte und Stückwerk blieb, bis die konkrete, individuelle Verantwortung von der deutschen Justiz und Politik umgesetzt wurde.

Für Israel waren und sind die Beziehungen zu Deutschland von der staatlichen Kontinuität zwischen dem NS-Staat und der Bundesrepublik bestimmt. David Ben-Gurion konnte das Interesse Konrad Adenauers, gegenüber der Welt als das einzige Deutschland der Nachkriegszeit zu sein, erfolgreich mit dem israelischen Interesse verbinden: Die Bundesrepublik erkannte ihre spezifische Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen an. Die deutsch-israelischen Beziehungen konnten auf einer bewusst akzeptierten Eindeutigkeit von deutscher Seite bauen.

ISRAEL – ÖSTERREICH

Eine analoge Eindeutigkeit gab es im israelisch-österreichischen Verhältnis nicht. Die neu gegründete Republik konnte sich ja auf die Moskauer Deklaration des Jahres 1943 berufen und sich von jeder Verantwortung für die Verbrechen des NS-Staats freigesprochen sehen. Österreich sah deshalb auch keine Verpflichtung, die Beziehungen zu Israel ähnlich demonstrativ und mit Priorität zu gestalten wie das die

Bundesrepublik Deutschland tat. Doch Österreich ist nicht Österreich. Österreich existierte zwischen dem 13. März 1938 und dem 27. April 1945 nicht – als handlungsfähiger Staat. Auf diesen Umstand bezog sich ja auch die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 und die darauf bauende Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945: Es gab keine österreichische Regierung, keine österreichischen Organe, keine im Namen Österreichs Handelnden, die in eine kausale Verbindung zur Politik der Ausmordung des europäischen Judentums gebracht werden könnten.

Österreich existierte jedoch sehr wohl – als Gesellschaft. Personen, die bis zum 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatten, waren an der Beraubung, Vertreibung und Ausmordung des europäischen Judentums beteiligt – und auch wenn eine Quantifizierung nicht wirklich seriös möglich ist: Unter den NS-Tätern entsprach der Anteil der Menschen aus Österreich in etwa dem Anteil der aus Deutschland (im Jargon der damaligen Zeit: aus dem „Altreich“) kommenden Menschen.

Die Politik der Republik war – aus durchaus nachvollziehbaren Gründen – von Anfang darauf gerichtet, die österreichische Ambivalenz möglichst zu verstecken: Österreich war zwischen 1938 und 1945 besetzt, aber anders als alle anderen in diesen Jahren vom Deutschen Reich besetzten Ländern war die österreichische Gesellschaft voll in die deutsche integriert; mit allen rechtlichen und sozialen und politischen Implikationen. Das war Österreichs Vieldeutigkeit: Österreich stand zwischen der Opfer- und der Mitverantwortungsrolle. Erstere wurde von den Vertretern Österreichs von Anfang an betont; letzterer wurde so weit wie möglich ausgewichen.

Deutschlands Bemühungen um Beziehungen zu Israel waren die Folgen einer Eindeutigkeit,



Moskauer Deklaration, 1943

die von der Bundesrepublik gewollt war – im Sinne des Alleinvertretungsanspruches, der wiederum auf der Rechtsnachfolge beruhte. Wer aber war dieses Österreich, das 1956 diplomatische Beziehungen mit Israel aufnahm?

- Der Staat, die Republik also und ihre Regierung, hatten kein Interesse, sich in irgendeiner Form gegenüber Israel hervorzutun. Österreich gestaltete seine Beziehungen zu Israel in einem „low profile“ Stil – bis Bruno Kreisky und die sozialdemokratische Regierung der 1970er Jahre von einer möglichst unauffälligen zu einer möglichst auffälligen Israel-Politik wechselte. Bis zu Kreisky gab es keine erkennbar profilierte österreichische Politik gegenüber Israel. Der Staat sah keinerlei besondere Verpflichtung gegenüber Israel – und alle Regierungen, bis in die 1970er Jahre hinein, sahen keinen Grund, sich in den für Israel entscheidenden Fragen (etwa eines Friedensschlusses im Nahen Osten) besonders zu profilieren. Israels politische Positionen waren für Österreich nur von sekundärer Bedeutung – wie dies auch umgekehrt der Fall war: Der um sein Überleben kämpfende Staat Israel konnte die österreichische Außenpolitik weitgehend ignorieren, weil diese für Israels Primärinteressen nahezu bedeutungslos war.



„Herr Karl,“ Helmut Qualtinger

- Die gesellschaftlichen Beziehungen hingegen waren gespalten und unsicher, voll von Ambivalenz und Widersprüchen. Auf der einen Seite gab es ein österreichisches Exil in Palästina – Jüdinnen und Juden, die aus Österreich dem Mordregime in das britische Mandatsgebiet entkommen waren; und die nicht vergessen konnten, was sie etwa im Wien des März 1938 erfahren hatten. Es gab auch ehemalige österreichische Offiziere, die in der Haganah dienten; und bald wurde in Österreich mit einem gewissen Wohlwollen die österreichische Herkunft Teddy Kolleks vermerkt. Auf der anderen Seite aber lebten die antijüdischen Vorurteile, lebte auch der Judenhass in einem Teil der österreichischen Gesellschaft weiter und verhinderte eine insgesamt pro-israelische Einstellung.



Teddy Kollek, Shimon Peres

- Österreichs Gesellschaft war gespalten – zwischen einer durchaus auch philosemitisch zu etikettierenden, die öffentliche Meinung be-

einflussenden pro-israelischer Minderheit – intellektuell z.B. repräsentiert von Kurt Schubert und Erika Weinzierl; politisch repräsentiert z.B. von Heinz Nittel; und einer zwischen vorsichtiger Distanz und immer wieder auch offen antisemitischer pendelnden schweigenden Mehrheit. Österreichs Gesellschaft war aber bezüglich Israel nicht politisch gespalten – jedenfalls nicht zwischen den die ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik dominierenden parteipolitischen Linien: Es gab im katholisch-konservativen wie auch im sozialistischen Lager Vertreterinnen und Vertreter beider Positionen, wobei allerdings innerhalb der Linken die alten Differenzen zwischen Zionismus und Antizionismus weiterlebten.

Österreich, der Staat, hatte offenbar gute Gründe, sich aus dem komplexen Feld der Nahostpolitik herauszuhalten; Österreich, die Regierung, hatte offenbar ebenso gute Gründe, die Pandora-Box nicht zu öffnen, aus der innenpolitisch äußerst heikle Emotionen hervorbrechen könnten: die in der österreichischen Gesellschaft vorhandenen antijüdischen Vorurteile und die mit ihnen verbundenen Verschwörungstheorien; die ab 1945 negierten Aspekte spontaner NS-Begeisterung; der zunächst nur von wenigen Intellektuellen – wie etwa in Carl Merz' und Helmut Qualtingers „Herrn Karl“ – thematisierte, 1938 so offen erkennbare politische Opportunismus und die primitive Raublust, die spontan ausbrechende Gewaltbereitschaft und die vor aller Augen bürokratisch organisierter Vernichtung: Alles das war der österreichischen Politik viel zu heikel, viel zu gefährlich; und alles das wurde – im Sinne tagespolitischer Logik – möglichst ignoriert.

Nicht ignoriert freilich konnten die zunehmend kritische Haltung einer jungen Generation werden, die 1965 den „Fall Borodajkewycz“ auslöste; die auch die von österreichischen Geschworenengerichten gefällten Freisprüche von prominenten NS-Mördern plötzlich nicht mehr hinzunehmen bereit war. In der nach 1945 politisch sozialisierten Generation kamen die Widersprüche zwischen der Staatsdoktrin der Zweiten Republik und der gesellschaftlichen Befindlichkeit offen zum Ausbruch. Das führte auch zu den Stolpersteinen in der Beziehungsgeschichte zwischen Israel und Österreich, die in den letz-

ten Jahrzehnten das Verhältnis zwischen den beiden Staaten verkomplizieren sollte.

DIE STOLPERSTEINE IN DER BEZIEHUNGSGESCHICHTE DER REGIERUNGEN

Für Israels Politik waren die staatlichen Beziehungen zu Österreich nicht von zentraler Bedeutung. Israel hatte andere Prioritäten:

- Nach dem politisch wohl besonders verunglückten Sinai-Feldzug von 1956 ging Israel daran, das Verhältnis zu den USA als Primärbeziehung zu sichern. Österreich spielte in dieser Neuorientierung von Israels Außen- und Sicherheitspolitik keine erkennbare Rolle.

Während und nach dem Krieg von 1967 definierte Israel seine Sicherheit teilweise neu um dem Staat die bestmöglichen geostrategischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch dabei spielte Österreich nicht einmal eine sekundäre Rolle.

- Nach dem Krieg von 1973 musste Israel Abschied von der Vorstellung der eigenen Unbesiegbarkeit nehmen – ohne dass dabei Österreich besondere Interessen einzubringen gehabt hätte.
- Mit Ägypten und schließlich auch mit der PLO wurden in den darauf folgenden Jahren von israelischer Seite Beziehungen hergestellt, die zumindest einen teilweise berechenbaren Kalten Frieden ermöglichten.

Welchen Beitrag hätte Österreich dazu leisten können? Österreich – der Staat und seine Regierung – versuchten es. Bruno Kreisky profilierte sich als Vermittler zwischen den Akteuren des Konfliktes, der Israels Überlebensfähigkeit betraf. Und Österreich wurde plötzlich wahrgenommen – nicht im Sinne der Klischees als dem Land, das die Welt glauben machen wollte, Hitler sei Deutscher und Beethoven Österreicher gewesen; sondern als ein Faktor, der auch innenpolitisch relevante Emotionen in Israel auslöste.

Als Österreich begann, sich als eigenständiger Faktor im Nahost-Konflikt bemerkbar zu machen, zeigten sich die zunächst überdeckten

Problemfelder der österreichisch-israelischen Beziehungen; und aus den Problemfeldern traten die Stolpersteine hervor. Diese führten auch zur öffentlichen Wahrnehmung von Konflikten: In den Jahren um 1980 musste die österreichische Botschaft in Tel Aviv vorsorglich schon die Putztruppen bestellen, wann immer Bruno Kreisky sich zum Nahost-Konflikt äußern wollte; denn Österreichs Diplomaten mussten davon ausgehen, dass Österreich nicht mehr als „Sound of Music“-Idylle wahrgenommen wurde; und dass die Folge österreichischer politischer Wortmeldungen sich in Verunzierungen des Botschaftsgebäudes in Israel ausdrückten. Israel – nicht nur die Regierung, vor allem auch die Gesellschaft – hatte begonnen, verstärkt Österreich kritisch wahrzunehmen.

Kreisky



*Willy Brandt, Shimon Peres,
Bruno Kreisky, Anwar Sadat*

Bruno Kreisky verstand sich als Agnostiker, der nicht bereit war, die Kriterien der Nürnberger Rassengesetze zu akzeptieren und sich eine jüdische Identität aufzwingen zu lassen. Aber er wusste natürlich, dass er für seine Umwelt immer eine Jude bleiben würde. Das aber nahm er zum Anlass, sich eine Freiheit zuzuschreiben, die andere sich nicht zumuten könnten: Als jüdischer Sozialdemokrat, der das NS-Regime im Exil überlebt hatte, sah er sich über den Verdacht erhaben, eine kritische Haltung zu Israel könnte in irgendeiner Form als „antijüdisch“ missverstanden werden. Er war ja auch, vor allem im Rahmen der Sozialistischen Internationale, mit führenden israelischen Politikern – wie etwa mit

Simon Peres – bestens vernetzt. Das war der Hintergrund seiner Initiative, Yasser Arafat und die PLO ins diplomatische Spiel zu bringen. Dass er deshalb in Israel, und zwar vor allem von der israelischen Rechten, scharf angegriffen wurde, das nahm Kreisky in Kauf. Kreisky und sein Umfeld waren nicht unwesentlich an der Vorbereitung der Kontakte beteiligt, die schließlich 1993 – drei Jahre nach Kreiskys Tod – zum Vertrag von Oslo führen sollten.



Jassir Arafat, Bruno Kreisky,
Willy Brandt

Diese Seite von Kreiskys Israel-Politik war rational nachvollziehbar. Nicht rational nachvollziehbar waren seine persönlichen Attacken auf Menachem Begin, bei denen er sich einer Sprache bediente, die sich antijüdischer Stereotypen bediente – und die wohl die emotionale Distanz zwischen einem säkularen, assimilierten und auch nicht zionistischen Juden wie Kreisky und einem Zionisten ausdrückten, der – wie Begin – in der Jabotinski-Tradition stand.

Dass Kreisky als amtierender Regierungschef der Republik Österreich sich in persönlich beleidigender Form über den Regierungschef des Staates Israel äußerte, musste die Beziehungen zwischen den Staaten und auch die Kontakte zwischen den Gesellschaften Israels und Österreichs beeinflussen. Nur zu oft wurde Kreisky als Beispiel für das Phänomen des „jüdischen Selbsthasses“ zitiert; und nur zu oft wurde nicht nur seine Wortwahl gegenüber Begin sondern auch sein rational nicht erklärbares und auch nicht rechtfertigbares Verhalten gegenüber Simon Wiesenthal als Beleg dafür angeführt.

Im Hintergrund stand wohl weniger das allzu oft, allzu polemisch geprägte und vereinfachende Wort vom „jüdischen Selbsthass“, mehr wohl die traditionelle Weigerung der politischen Linken auch und gerade in Österreich, im Antisemitismus mehr als nur ein Beiwerk einer vorsozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu sehen; den Antisemitismus als ein eigenständiges, potentiell und auch aktuell mörderisches Phänomen abendländischer Zivilisation jenseits des Kapitalismus zu begreifen.

Kreisky galt deshalb auch im nicht vordergründig polemischen intellektuellen Diskurs in Israel – etwa bei Tom Segev in dessen Wiesenthal-Biografie – als Beispiel für einen Repräsentanten der nicht spezifisch österreichische, sehr wohl aber eben auch und gerade in Österreich auffallenden Verharmlosung des Antisemitismus.

Kreisky und seine Partei hatten eine Vorgeschichte: zitierbar wäre da Viktor Adler, der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, der – das zitiert Leopold Spira – festhielt, er hätte seine Kindern zur Taufe geradezu gedrängt, damit sie nicht unter ihrem Judentum zu leiden hätten; zu erwähnen wäre Julius Deutsch, Kommandant des Republikanischen Schutzbundes, der es fertig gebracht hatte, auf mehreren hundert Seiten seine Autobiographie zu verfassen, ohne seine Herkunft aus dem Judentum zu erwähnen. Alles das weist die österreichische Sozialdemokratie nicht als „antisemitisch“ aus, sehr wohl aber gegenüber dem Antisemitismus als auffallend unsensibel.

Waldheim

Der nächste Stolperstein hatte nichts mit der Sozialdemokratie zu tun. Kurt Waldheim kam aus dem katholisch-konservativen Milieu. 1938 und danach hatte er sich an die neuen Herren angepasst. Seine Handlungen als Leutnant und dann Oberleutnant in der Deutschen Wehrmacht können ganz bestimmt nicht Kriegsverbrechen zugeordnet werden. Doch dass er nach 1945 diese Vergangenheit nicht offen legte und sie auch, im Zuge seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten, eben diese Vergangenheit nicht in irgendeiner Form zumindest als problematisch erkennen wollte – das alles machte ihn zum Prototyp des Österreichers, der die Jahre zwischen 1938 und 1945 möglichst vergessen und vor allem auch vergessen machen wollte.

Waldheim war schon als Generalsekretär der Vereinten Nationen mit einigen – rückblickend – höchst unnötigen, aber eben deshalb umso auffälligeren antiisraelischen Gesten aufgefallen: Als er 1975 anlässlich der Geiselnahme und Entführung der Air France Maschine auf dem Flug von Tel Aviv nach Entebbe und der Befreiungsaktion eines israelischen Kommandounternehmens die „Verletzung des ugandischen Luftraumes“ beklagte, fällt vielleicht eher in die Kategorie politischer Unsensibilität oder auch Dummheit; und als er bei seinem offiziellen Besuch in Jerusalem in Yad Vashem sich weigerte, seinen Kopf zu bedecken – weil dies die Neutralität der Vereinten Nationen im Nahostkonflikt verletzen würde, sorgte Waldheim für einen weiteren Grund für ungläubiges Kopfschütteln und auch politische wie ethische Empörung.

Dass Waldheim dennoch mit den Stimmen der Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher zum Bundespräsidenten gewählt wurde, führte zu einer diplomatischen Isolierung des österreichischen Staatsoberhauptes – von Seiten Israels und auch aller westlichen Staaten. Doch diese Krise der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Österreich hatte auch ihr Gutes: Franz Vranitzky schlüpfte als Bundeskanzler gegenüber Israel und dem Westen in die Rolle des primären Repräsentanten Österreichs. Und die Waldheim-Debatte veranlasste das offizielle Österreich, auch und gerade gegenüber Israel die offiziell vertretene Opferthese wesentlich zu ergänzen – Franz Vranitzky, aber auch Thomas Klestil – Waldheims Nachfolger als österreichisches Staatsoberhaupt – prägten die Formel von Österreichs „Mitverantwortung“ für die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Waldheim wurde auch deshalb zu einer Belastung für die israelisch-österreichischen Beziehungen, weil ein Generationenwechsel ganz allgemein die Wahrnehmung des Nationalsozialismus und des Holocaust verschoben hatte – dieses nach Yehuda Bauer erstmaligen Verbrechens gegen die Menschheit. In den USA wurde im Zusammenhang mit dem Holtzman- Amendement das Augenmerk auf die Bereitschaft der US-Regierung gelenkt, nach 1945 führende nationalsozialistische Experten ins Land zu holen, die im Kalten Krieg sich nützlich erweisen sollten – wie Wernher von Braun. Nun wurden die Bedingungen zur Einreise verschärft, und so wurde

auch (ohne dass dies die ursprüngliche Intention der neuen Bestimmungen gewesen wäre) die Grundlage für ein Einreiseverbot Kurt Waldheims geschaffen – für die sogenannte „Watch List“ Entscheidung Ronalds Reagans. Waldheim war zuvor – ohne erkennbare Probleme – in den USA immer willkommen gewesen. Jetzt aber wurde ihm wegen des Verschweigens seiner NS-Vergangenheit die Einreise in die USA untersagt. In Österreich nahm eine junge Generation die



Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim und Bundespräsident Rudolf Kirchschläger 1972 in Wien

„Waldheim Affäre“ zum Anlass, die politisch bequeme Ausklammerung österreichischer Verflechtungen in den Nationalsozialismus zu thematisieren. Und plötzlich war Waldheim, der scheinbar so „unpolitische“ Karrierediplomat, zum Prototyp einer österreichischen Beliebigkeit, eines österreichischen Opportunismus, einer österreichischen Charakterlosigkeit geworden.

Nun war es problematisch, was 1945 und in den Jahren und danach so unproblematisch erschienen war: Die faktische Kontinuität, über die Jahre 1938 und 1945 hinaus – im lokalen Bereich, wenn etwa Ortsbauernführer, die vor 1938 dem Dollfuß-Schuschnigg ebenso loyal gedient wie anschließend dem Hitler-Regime und dann den lokalen Bauernbund der ÖVP aufgebaut hatten. Problematisch wurde auch die sozialdemokratische Neigung gesehen – eine Neigung, die insbesondere von Adolf Schärf, aber auch von Christian Broda vertreten wurde – nach 1945 die „technische Intelligenz“ des NS-Staates als Personalreserve zu sehen (etwa im Bereich der Verstaatlichten Industrie oder der Justiz) und gerade die persönliche Betroffenheit ehemaliger Nationalsozialisten als Garantie für eine parteipolitische Berechenbarkeit nach 1945 zu werten.



Bundeskanzler Franz Vranitzky



Waldheim störte die israelisch-österreichischen Beziehungen; und er störte mehr noch in Österreichs dominierende Selbstgerechtigkeit: Waldheim war der Biedermann, der bis März 1938 dem katholisch-autoritären Regime gedient hatte, ab März 1938 ein Rädchen in der NS-Kriegsmaschinerie gewesen war und schließlich ab 1945 zu einem von allen Parteien geförderter Karrierediplomat der Republik wurde. Doch Waldheim provozierte ungewollt auch das Ende der Verleugnung der Realitäten – und eben deshalb kann die „Affäre“ Waldheim auch als Chance für eine Vertiefung und Verbesserung der israelisch-österreichischen Beziehungen gesehen werden.

Haider und die FPÖ



Angelobung
ÖVP-FPÖ Koalition, 1983–1986
Wolfgang Schüssel,
Bundespräsident Thomas Klestil,
Jörg Haider

Als 2000 die Freiheitliche Partei als Folge einer Koalitionsabsprache mit der Österreichischen Volkspartei Mitglied der Bundesregierung wurde, rief die israelische Regierung zum Zeichen des Protestes ihren Botschafter zurück. Die zwischenstaatlichen Beziehungen waren damit auch formell auf einem Tiefstand. Das war die Folge des spezifischen Charakters der FPÖ: Sie war 1956 von ehemaligen Nationalsozialisten für ehemalige Nationalsozialisten gegründet worden. Der Gründungsobmann der Partei war Anton Reinthaller, Staatssekretär in der Reichsregierung Hitlers, General der SS. Vor der Gründung der Partei war Reinthaller längere Zeit von den US-Behörden im Lager Glasenbach bei Salzburg in Haft gewesen, das der Anhaltung und Bestrafung hochrangiger Nationalsozialisten diente. Fast alle der in den ersten Jahren der FPÖ im Vordergrund stehenden Personen waren führende Funktionäre der NSDAP gewesen.

Die FPÖ war schon vor 2000 einmal in einer Koalitionsregierung vertreten gewesen: Zwischen 1983 und 1986 war sie Juniorpartner der Sozial-

demokratischen Partei. Damals hatte die israelische Regierung nicht mit der Schärfe reagiert, mit der dies 2000 geschehen war. Das hing wohl damit zusammen, dass die FPÖ der Jahre 1983 und 1986 bemüht war, ihre nationalsozialistischen Wurzeln vergessen zu machen. Für einige Jahre war sie auch Mitglied der Liberalen Internationale. Doch 1986 übernahm Jörg Haider die Parteiführung, der nun nicht mehr die NS-Vergangenheit der Partei zu verdecken oder zu bagatellisieren versuchte, der vielmehr in bewusster Provokation immer wieder darauf verwies und den Nationalsozialismus relativierte – etwa mit einem Lob der Arbeitsplatzpolitik, der „Beschäftigungspolitik“ des NS-Regimes. Die FPÖ des Jahres 2000 war zwar keine andere Partei als die FPÖ des Jahres 1983, sie war aber eine Partei, die sich nicht um Akzeptanz durch Anpassung an den politischen „mainstream“ bemühte, sondern diesen offen und bewusst herausforderte. Eben deshalb war die Reaktion Israels – auch wenn sie auf den ersten Blick im Vergleich mit 1983 inkonsequent erscheinen mag – durchaus verständlich.

Die FPÖ heute folgt freilich partiell wieder einer anderen Strategie: Sie bemüht sich nun direkt um Akzeptanz in Israel. Die gesellschaftlichen und die staatlichen Beziehungen zwischen Israel und Österreich werden durch die neueren Entwicklungen der Freiheitlichen Partei beeinflusst, durch einen Trend, der als partiell prozionistische Wende der FPÖ bezeichnet werden kann. Schon Haider hatte Peter Sichrovsky, einen früheren Journalisten, der politisch als „links“ galt und aus einer jüdischen Familie stammte – und der davor auch durch eine scharfe Kritik der FPÖ bekannt geworden war – für die Freiheitliche Partei gewonnen: Haider machte Sichrovsky zum FPÖ-Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament und auch zum Generalsekretär der Partei. Haiders Motiv war klar: Er wollte für sich und seine Partei europäische Salonfähigkeit gewinnen, indem er einen bekannten jüdischen Intellektuellen politisch umwarb und umarmte.

Nach Haiders Tod führten Heinz Christian Strache als Parteivorsitzender und Norbert Hofer als Präsidentschaftskandidat diese Strategie fort. Beide reisten nach Israel, besuchten Yad Vashem und äußerten sich – freilich in höchst allgemeiner Form – kritisch zum Nationalsozialismus. Die Verwurzelung ihrer eigenen Partei im National-



SPÖ-FPÖ Koalition,
1983–1986
Norbert Steger, Fred Sinowatz

sozialismus freilich thematisierten sie allerdings nicht. Auch hier ging und geht es der FPÖ um die Herstellung von Salonfähigkeit – freilich auch um in genereller Form eine Art gemeinsame Abwehrfront zwischen Israel und den Freiheitlichen gegenüber einem islamistischen Extremismus zu beschwören.

Israel, der Staat und die Regierung, haben ganz offenkundig die FPÖ nicht aus der politischen Quarantäne entlassen, in der sie die FPÖ als faktische Nachfolgepartei der NSDAP von Anfang an gehalten hatten. Es fällt freilich auf, dass Einzelpersonen des Likud sich als Brücken zwischen FPÖ und Israel offerieren, ganz offenkundig mit der Perspektive einer antiislamistischen Gemeinsamkeit. Anzumerken ist dabei freilich, dass hier die Glaubwürdigkeit der Haltung der führenden Regierungspartei Israels auf dem Prüfstand steht – solange jedenfalls sich die FPÖ vom Nationalsozialismus nur genereller Form sondern von ihrer eigenen Verwurzelung im Nationalsozialismus distanziert, beziehungsweise sich eben damit nicht kritisch auseinandersetzt. Denn verglichen mit der Nähe Kurt Waldheims zum NS-Regime ist die Identifizierung der beiden ersten Parteiführer der FPÖ, der beiden SS-Offizieren Anton Reinthaller und Friedrich Peter, von einer anderen und viel schärfer zu kritisierenden Qualität. Die politischen Kräfte Israels, die sich in diesem Sinne als Brückenbauer zwischen der FPÖ und Israel betätigen, müssen sich die kritische Frage gefallen lassen, ob sie nicht für taktische Unterstützungserklärungen – die etwa für die Siedlungspolitik im Westjordanland instrumentiert werden können – der israelischen Grundposition gegenüber einer Partei, die sich ihrer Herkunft aus dem Nationalsozialismus nie gestellt hat, erheblichen Schaden zufügen.

DIE STOLPERSTEINE IN DER BEZIEHUNGSGESCHICHTE DER GESELLSCHAFTEN

Die in Österreich dominierende Einstellung gegenüber dem jungen Staat Israel unmittelbar nach dessen Gründung kann am besten aus den informellen Berichten herausgelesen werden, die der österreichische Generalkonsul Karl Hartl verfasste – Österreichs Vertreter in Tel Aviv vor Aufnahme der Diplomatischen Beziehungen. In diesen Berichten, die durch Rolf Steiningers For-

schungen bekannt wurden und die der sozialdemokratische Diplomat außerhalb des Dienstweges für den SPÖ-Parteivorsitzenden Adolf Schärf verfasste, finden sich immer wieder unsachliche Äußerungen, die Ausdruck alltäglicher antijüdischer Vereingenommenheit waren. Das Besondere war, dass Hartl ein durch seine persönliche Biografie vollkommen glaubwürdiger Gegner des Nationalsozialismus war. Umso mehr müssen seine in die Berichte immer wieder einfließenden abschätzigen Bemerkungen über das, was angeblich „typisch jüdisch“ war oder ist, als Ausdruck eines Teiles einer generellen Einstellung gesehen werden. Hartl war, unabhängig von seiner eigenen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, ein Vertreter einer Generation, die in einem österreichischen Umfeld sozialisiert worden war, in dem der Antisemitismus nicht primär oder zumindest nicht nur aus programmatischen antijüdischen Aussagen bestand, sondern in kaum unmittelbar reflektierten abschätzigen Randbemerkungen; basierend auf der Annahme, es gebe „typisch Jüdisches“, und eben das mache Jüdinnen und Juden aus. Diese alltägliche Voreingenommenheit war mit der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands nicht einfach verschwunden und lebte auch bei denen fort, die sich für Freunde des Staates Israel hielten.

Dieser alltägliche, damals kaum reflektierte Antisemitismus bestand neben einer bewusst proisraelischen Haltung, die auch als positive Voreingenommenheit zu sehen ist; und zwar im sozialistischen Lager, also innerhalb der Sozialdemokratie, wie auch im katholisch-konservativen Milieu. Innerhalb der Sozialdemokratie flog in den ersten beiden Jahrzehnten der Existenz Israels dem Staat der Juden deshalb sehr viel Sympathie entgegen, weil Israel als sozialistisches Experiment gesehen wurde. Die Kibbuzim wurden bewundert, und die politische Macht der Histadrut galt als ein Modell für den Aufbau eines demokratischen Sozialismus.

In diesen ersten beiden Jahrzehnten war der Gruß „Shalom“ ein innerhalb der österreichischen Linken und vor allem derer jungen Generation ein häufig zu hörender Ausdruck dieser Einstellung.

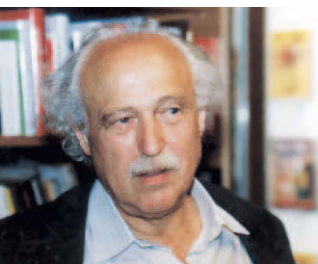
Im katholisch-konservativen Lager, dessen Repräsentanten vor 1938 erheblich Anteil an der



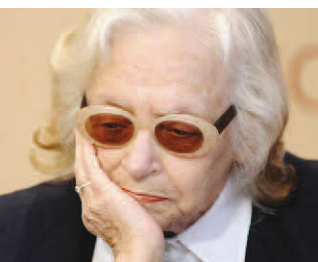
Karl Hartl, Generalkonsul in Israel, 1950–1955



Viele junge Österreicherinnen und Österreicher arbeiteten in ihrer Ferienzeit in einem Kibbuz.



Univ.-Prof. Kurt Schubert
1959 Gründer des Instituts für
Judaistik an der Universität Wien

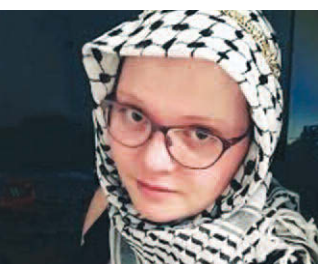


Univ.-Prof. Erika Weinzierl
Historikerin an den Universitäten
Salzburg und Wien

Verfestigung einer antijüdischen Einstellung vor allem auch im österreichischen Katholizismus hatten, war eine pro-israelische Einstellung vor allem die Folge eines intellektuell reflektierten, ethischen Erschreckens über den Holocaust. 1945 und in den Jahren danach begann der Katholik Kurt Schubert an der Universität Wien das Institut für Judaistik aufzubauen, das primär nicht als Forschungsstelle für hebräische Sprache und Literatur gedacht war, sondern als intellektuelle Grundlage eines Bemühens um das Verstehen – nicht unbedingt des Judentums – sondern auch und vor allem um eine kritische Analyse der Judenfeindschaft. Die Historikerin Erika Weinzierl, die wie Schubert aus dem Milieu des jungen intellektuellen Katholizismus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammte, begann die Katholische Kirche mit der antijüdischen Tradition dieser ihrer Kirche zu konfrontieren. Und die bald als „linkskatholisches Trio“ bekannten August Maria Knoll, Friedrich Heer und Wilfried Daim stellten den auch christlich motivierten Antisemitismus in den Mittelpunkt ihrer kritischen wissenschaftlichen Publikationen.

Die spezifisch „linke“ Israel-Freundlichkeit sollte ein Opfer israelischer Erfolge und israelischer Normalisierung werden. Als Israel – insbesondere 1967 – unter Beweis stellte, dass es zwar ein David, aber eben auch ein siegreicher David sein konnte, verlor Israel die einem „underdog“ rasch zufliegenden Sympathien eines Teils der Linken. Und als Israel sich zunehmend in den Weltmarkt integrierte, als immer weniger die Kibbuzim stellvertretend für die Besonderheiten des israelischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu stehen schienen, als Israel immer weniger sozialistisch erschien, und als mit Menachem Begin ein Feindbild der Linken – auch der zionistischen Linken – an die Regierung kam, da machte zum Teil, keineswegs zur Gänze, eine pro-israelische einer antiisraelischen Voreingenommenheit Platz.

„In“ war nicht mehr der Gruß „Shalom“, „in“ war das palästinensische Würfeltuch, und der Sozialismus à la Nasser schien an Sympathien zu gewinnen. Die Linke – besser, ein wesentlicher Teil der österreichischen Sozialdemokratie – begann den Anti-Zionismus als Identitätsstiftung und Profilierungschance zu entdecken. Alle Probleme, mit denen Israel konfrontiert war – ein Umfeld, in dem fast alle Nachbarstaaten die bloße Existenz Israels und nicht nur eine be-



Die 80er Jahre: „In“ ist das
„palästinensische Würfeltuch“

stimmte Grenzziehung ablehnten; die seit 1967 offensive Gegnerschaft der Sowjetunion und des von ihr geführten Blockes – alles das verhinderte nicht, dass ein Teil der österreichischen Linken den Nationalismus auf arabischer Seite umarmte, weil dieser doch „antiimperialistisch“ war; der Zionismus aber als Nationalismus zu verdammen war. Dieser Antizionismus diente als Rechtfertigung antiisraelischer Einseitigkeiten: Menschenrechte in Syrien und Ägypten und Saudi-Arabien wurden nicht oder zumindest nicht zentral thematisiert; Menschenrechte in Israel wurden zum zentralen Thema. Arabische Opfer von staatlicher Gewalt wurden mehr oder weniger ignoriert, wenn diese Gewalt von den Regierungen und Bagdad oder Damaskus gelenkt wurde. Gewalt gegen Menschen arabischer Identität war dann ein großes Thema, wenn die Verantwortung dem Staat Israel zugeschrieben werden konnte.

Das änderte sich – wenn auch nur schrittweise, und nicht unbedingt qualitativ – als zunächst Ägypten und dann Jordanien mit Israel Frieden schlossen; das änderte sich, wenn auch nicht in der Entschiedenheit, die von einer rationalen Konfliktanalyse zu erwarten gewesen wäre, als die UdSSR und damit die Zentrale des antiisraelischen Boykotts implodierte und das postsowjetische Russland (wie schon die UdSSR in ihrer Schlussphase) normale diplomatische Beziehungen mit Israel aufnahm. Nichts schien sich jedoch zu ändern in dem Doppelstandard eines Teils der österreichischen Linken, die zwar die Präsenz israelischer Truppen im Westjordanland und die israelischen Siedlungen kritisierte – aber jeden Zusammenhang mit der Gewalt, wie sie von der Zweiten Intifada ausging, nicht wahrzunehmen bereit war. Als der von den „Anti-Zionisten“ oft als „Faschist“ bezeichnete Ariel Sharon den Gaza-Streifen räumte und dabei auch jüdische Siedlungen gewaltsam räumen ließ – und in unmittelbarer Folge Raketen aus dem Gaza-Streifen in Israel einzuschlagen begannen, änderte dies nichts an der einseitigen Wahrnehmung dieses Konflikts durch den in der österreichischen Gesellschaft zu beobachtenden Antizionismus.

Was nun zu beobachten ist, das ist eine auffallende Asymmetrie: Teile der österreichischen Linken verharren in einem versteinerten, sich der Realität verschließenden Antizionismus;

Teile der österreichischen Rechten hingegen versuchen, sich vom Schatten der NS-Vergangenheit freizumachen, in dem sie Israel umwerben. Und Teile der israelischen Rechten sehen in diesen Signalen aus den Reihen der FPÖ die Chance einer nicht so deklarierten, aber faktischen gemeinsamen Frontstellung – gegen den Islamismus und auch Chancen für die Unterstützung und Rechtfertigung der israelischen Siedlungspolitik.

Und das offizielle Österreich? Dieses versucht, sich möglichst in allen Israel betreffenden Fragen möglichst unauffällig verhalten. In der von Vranitzky und Klestil besonders geprägten Tradition wird Israel als Anlassfall genutzt, um zu zeigen, dass das Österreich von heute nicht das von gestern ist; dass Österreich gelernt hat. Aber in allen Fragen, die das aktuelle Israel betreffen, ist Österreich – aus durchaus nachvollziehbaren Gründen – vor allem eines: passiv.

Eine ähnliche Asymmetrie ist auch auf israelischer Seite zu beobachten: Eine vom Likud geführte Regierung hat die FPÖ nicht als Normalpartei anerkannt – jedenfalls nicht bis zum heutigen Tag; nicht als eine Partei, mit der Israel als Staat eine Offenheit an den Tag legt, die für andere österreichische Parteien gilt. Aber gleichzeitig sind Repräsentanten eben des Likud bereit, der freiheitlichen Strategie behilflich zu sein, sich durch freundschaftliche Kontakte in Israel von den Schatten ihrer NS-Wurzeln zu befreien, ohne sich direkt diesen Wurzeln stellen zu müssen.

PERSPEKTIVE: „NORMALISIERUNG“ DER BEZIEHUNGEN

Auf staatlicher Ebene ist zwischen Israel und Österreich so etwas wie Normalität eingekehrt. Österreichs Regierung spielt sich im Nahen Osten nicht als Friedensstifter auf, und daran wird sich in naher Zukunft wohl ebenso wenig ändern wie an dem Umstand, dass eine österreichische Regierung sich kaum als Beckmesser profilieren kann und wird, der einer israelischen Regierung Noten vergibt. Und für den Staat Israel ist Österreich ganz einfach nicht so wichtig, um mit besonderer Aufmerksamkeit die einzelnen Wendungen österreichischer Politik zu verfolgen.

Das ist freilich auf der Ebene der Gesellschaft, also der Zivilgesellschaft, anders. Zwar ist die Generation derer, die auf österreichischer Seite ihre eigenen, persönlichen Verflechtungen mit dem NS-Regime durch Hinweise auf kritisierbare Aspekte israelischer Politik zu relativieren versuchten, praktisch ausgestorben. Und in Israel ist die Zahl derer, die noch persönliche Erinnerungen an das Österreich vor und während der NS-Zeit haben, relativ klein geworden. Doch ist auf österreichischer Seite – und das bestätigt die Resistenz des Antisemitismus – ganz offen sichtlich genügend gesellschaftliche Bereitschaft, in einer „Antizionismus“ genannten Parteilichkeit aus einer oft berechtigten Kritik an israelischer Politik eine Parteinahme zu machen, die Israels Legitimität in Frage stellt.

Österreich wird weiter unter „antizionistischem“ Druck von Seiten der Gesellschaft stehen. Israel wird mit einer Lupe gesehen, während die generelle Wahrnehmung des Nahen Ostens undifferenziert bleibt – wie z.B. die zumeist undifferenzierte Wahrnehmung des „Arabischen Frühlings“ und seines Scheiterns zeigt; oder auch die Verweigerung gegenüber der Einsicht, wie sehr das massenmörderische Schlachten in Syrien, im Irak, im Jemen Israel als einen stabilen und berechenbaren Faktor ausweist. Doch die Bereitschaft, Israel zum Sündenbock für alles und jedes zu machen, wird nicht verschwinden. Und diese Bereitschaft bedeutet auch, dass es so etwas wie einen „antizionistischen Druck“ in der österreichischen Politik geben wird: die Mängel Israels einseitig zu betonen – und die in wohl jeder nur denkbaren Hinsicht viel schwerer wiegenden Mängel in Israels Nachbarschaft entweder zu übersehen, oder aber sie nicht in einen Zusammenhang mit Israels Sicherheitsinteressen zu bringen.

In diesem Sinne mögen, können vielleicht die am Anfang der Beziehungsgeschichte so deutlich erkennbaren Unterschiede zwischen der deutschen und der österreichischen Position allmählich verschwinden:

- Deutschland ist ebenfalls unter „antizionistischem“ Druck: Gerade in der Linkspartei, der derzeit größten deutschen Oppositionspartei, ist der „Antizionismus“ der DDR ganz offenkundig noch lebendig. Und die Neigung, Israel an Maßstäben zu messen, die nur für Israel



Außenminister Sebastian Kurz, Premier Benjamin Netanjahu Jerusalem, Mai 2016



Das Brandenburger Tor in den Nationalfarben Israels erleuchtet, Jänner 2017

und nicht für den gesamten geopolitischen Raum zu gelten haben, ist in der deutschen Gesellschaft ebenso zu beobachten wie in der österreichischen.

- Deutschland und Österreich sind in die GASP eingebunden, in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die die freilich real wenig umgesetzte Verpflichtung aller Mitglieder der Europäischen Union bedeutet, eine gemeinsame Linie zu finden. Das schränkt den Spielraum für deutsche wie auch für österreichische „Sonderwege“ zumindest tendenziell ein.
- Die persönlichen Betroffenheiten derer, die den NS-Staat miterlebt haben, verlieren sich allmählich in der Geschichte – auch wenn sie als Dokumente für Forschung und Lehre weiterhin zur Verfügung stehen. Persönliche Opfer- und Täter-Narrative werden zu Ergebnissen einer auf diese Narrativen zwar weiterhin bauenden, aber von ihnen nicht mehr oder zumindest immer weniger atmosphärisch bestimmten Darstellung einer unmittelbar betroffenen Generationen für nächste Generationen.

Was bleibt, das ist die Erstmaligkeit (und bisherige Einmaligkeit) des Holocaust: Diese verdämmert ganz offenbar nicht in der Geschichte. Und das wird weiterhin das Besondere der österreichisch-israelischen Beziehungen ausmachen – nicht oder zumindest immer weniger als Bestimmungsfaktor der zwischenstaatlicher Beziehungen; sehr wohl aber als Bestimmungsfaktor gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Der Holocaust wurde erst Jahrzehnte nach der Befreiung

von Auschwitz, nach dem Untergang Hitler-Deutschlands zu einem bestimmenden Merkmal historischer und ethischer Wahrnehmung. Der Begriff Holocaust wurde erst in den 1970er Jahre, im Gefolge einer US-amerikanischen TV-Serie, allgemein wahrgenommen; und der Begriff Shoah im Zusammenhang einer ebenfalls Jahrzehnte nach 1945 gestalteten filmischen Dokumentation – eine Generation nach der Befreiung von Auschwitz. Und eine weitere Generation später gibt es in weiten Teilen der Welt Holocaust-Memorials, wird an den Universitäten zwar nicht in allen Weltregionen, aber in vielen nach Holocaust-Curricula unterrichtet. Es ist die fast konsequent umgesetzte Politik der Vernichtung des Judentums, die – eben weil erstmalig, weil bisher einmalig – die auch noch Generationen später eine massive Betroffenheit auslöst, die nicht einfach nur als „jüdisch“ zu etikettieren ist.

Israel ist von einer solchen Entwicklung des Gedenkens, der systematischen Erinnerung massiv betroffen; aber Israel hat auf diese Betroffenheit ebenso wenig ein Monopol wie das Judentum. Die Politik der systematischen Ausmordung des Judentums wurde in Nürnberg 1946 als „Verbrechen gegen die Menschheit“ definiert. Das muss und wird weiterhin weltweite Betroffenheit begründen; erst recht in Ländern, in denen – wie in Österreich – alle, die sehen wollen, fast täglich an dieses Verbrechen erinnert werden; und natürlich noch mehr in Israel, dessen staatliche Existenz ohne die Erfahrung des Holocaust kaum vorstellbar ist. Das macht, aller sich teilweise abzeichnenden Normalität zum Trotz, die Beziehungen zwischen Israel und Österreich zu ganz besonderen Beziehungen.

Bibliographie (Auszug)

Embacher, Helga; Reiter, Margit, Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit. Wien 1998
Grabherr, Eva (Hg.), Das Dreieck im Sand. 50 Jahre Staat Israel. Wien 1997
Reiter, Margit, Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah. Innsbruck 2001
Pelinka, Anton, Israel. Ausnahme- oder Normalstaat. Wien 2016
Segev, Tom, Simon Wiesenthal. The Life and Legends. New York 2010



ANTON PELINKA

geb. 1941 in Wien,
1964 Dr.jur., Universität Wien,
1972 Univ.-Doz. für Politikwissenschaft, Universität Salzburg,
1975–2006 o.Univ.-Prof. für Politikwissenschaften, Universität Innsbruck.

Seit 2006 Prof. of Nationalism Studies and Political Science, Central European University, Budapest.
Gastprofessuren u.a. University of New Orleans, Harvard; University (Schumpeter Fellow), Stanford University; University of Michigan; Université Libre de Bruxelles; Hebrew University Jerusalem.

Veröffentlichungen zur Theorie der Demokratie, zum Vergleich Politischer Systeme und zum politischen System Österreichs.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber: Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG)
Lange Gasse 64, 1080 Wien, Österreich
Website: www.oeig.at, e-mail: oeig08@gmail.com,

Präsidenten: Peter Florianschütz und Markus Figl
Generalsekretäre: Susi Shaked und Hans-Jürgen Tempelmayr
Chefredakteurin: Inge Dalma
Titelblattgrafik und Layout: Miriam Weigel

Redaktion/Anzeigenannahme: 0664 1769332
E-Mail: oeig08@gmail.com

Bankverbindung:
Bank Austria
IBAN: AT561 1000002620801
BIC: BKAUATWW